

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 819

Grundrechtskonkurrenzen

Zugleich ein Beitrag zur
Normstruktur der Freiheitsrechte

Von

Reinhold Heß



Duncker & Humblot · Berlin

REINHOLD HESS

Grundrechtskonkurrenzen

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 819

Grundrechtskonkurrenzen

Zugleich ein Beitrag zur
Normstruktur der Freiheitsrechte

Von

Reinhold Heß



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Heß, Reinhold:

Grundrechtskonkurrenzen : zugleich ein Beitrag zur Normstruktur der
Freiheitsrechte / Reinhold Heß. – Berlin : Duncker und Humblot, 2000

(Schriften zum öffentlichen Recht ; Bd. 819)

Zugl.: Marburg, Univ., Diss., 1999

ISBN 3-428-10106-5

Alle Rechte vorbehalten

© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 3-428-10106-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Frühjahr 1999 abgeschlossen und im Sommersemester desselben Jahres vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen. Nachfolgende Veröffentlichungen konnten nur in geringem Umfang berücksichtigt werden.

An dieser Stelle möchte ich all jenen danken, die an der Entstehung meiner Dissertation maßgeblichen Anteil hatten. Zu großem Dank bin ich zuerst Herrn Prof. Dr. Steffen Detterbeck verpflichtet. Von ihm stammen sowohl die Idee zu diesem Thema als auch weitere wertvolle Anregungen zur Konzeption der Arbeit. Ohne das angenehme Arbeitsklima an seinem Lehrstuhl und ohne den in großzügiger Weise eingeräumten Freiraum wäre es mir nicht möglich gewesen, das Manuskript neben meiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter fertigzustellen. Herzlich bedanken möchte ich mich schließlich für die überaus rasche Korrektur der Arbeit. Letzteres gilt auch für Herrn Prof. Dr. Gilbert H. Gornig, der das Zweitgutachten trotz hoher Arbeitsbelastung in kürzester Zeit angefertigt hat.

Auch bei meiner Mutter möchte ich mich herzlich bedanken. Sie hat gemeinsam mit meinem verstorbenen Vater für die finanzielle Absicherung meines Studiums gesorgt und mir auch anschließend jede Art von Unterstützung gewährt. Ein ganz besonderer Dank gilt schließlich Nicole. Ihre verständnisvolle Zuneigung hat mir vieles leichter gemacht.

Marburg, im Frühjahr 2000

Reinhold Heß

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	15
B. Die Konkurrenz von Rechtsnormen aus methodischer Sicht	17
I. Einleitung	17
II. Systematische Einordnung der Normkonkurrenz	18
1. Begriffsbestimmung „Rechtsnorm“	18
2. Anwendbarkeit einer Rechtsnorm	19
3. Normkollisionen	20
a) Kollision von Normen unterschiedlicher Rangstufen.....	21
b) Kollision gleichrangiger Normen unterschiedlichen Alters.....	25
4. Normkonkurrenzen	26
a) Entstehung von Normkonkurrenzen	26
b) Folgen einer Normkonkurrenz	27
III. Methodische Behandlung von Konkurrenzsituationen	28
1. Nichtauflösungsbedürftige Konkurrenzen	28
a) Kumulative Konkurrenz	28
b) Alternative Konkurrenz?	29
2. Auflösungsbedürftige Konkurrenzen	31
a) Gründe für die Auflösung von Normkonkurrenzen	31
aa) Der Satz von der Widerspruchslosigkeit der Rechtsordnung	31
bb) Spezifische Auflösungsgründe.....	33
cc) Weitere, normlogische Auflösungsgründe?	34
(1) Spezialitätsbegriff – normlogische Spezialität.....	34
(2) Keine Verdrängung kraft Normlogik.....	36
b) Verfahren der Konkurrenzauflösung	39
aa) Konkurrenzauflösung durch Gesetz	39
bb) Konkurrenzauflösung durch Auslegung.....	40
3. Folgen für die anwendbaren Normen bei Auflösung und Nichtauf-	
lösung der Konkurrenz.....	43
a) Ausnahme vom Grundsatz der vollständigen Verdrängung der	
allgemeinen Norm	43
b) Wechselseitige Beeinflussung der konkurrierenden Normen bei	
kumulativer Anwendung.....	44
C. Grundrechtskonkurrenzen – Einführung, Begriffsbestimmung, Analyse	
der Lösungsvorschläge	48
I. Einleitung	48
II. Begriffsbestimmung.....	49

III. Abgrenzung zu den sog. „Scheinkonkurrenzen“	51
1. Sachverhaltszerlegung	52
a) Handlungsmehrheiten	53
b) Differenzierung nach Eingriffen	54
2. Tatbestandsabgrenzung	55
IV. Darstellung und Kritik der Lösungsvorschläge zur Behandlung von Grundrechtskonkurrenzen	57
1. Einleitung	57
2. Normverdrängende Lösung	58
a) Tatbestandsorientierte Verdrängung	59
aa) Normlogische Spezialität	59
bb) Normative Spezialität	62
cc) Sonderproblem personeller Schutzbereich	64
b) Eingriffsorientierte Verdrängung	65
3. Normkumulierende Lösungen	68
a) Theorie der rechtsfolgenverdrängenden Idealkonkurrenz	68
b) Schrankenübertragungstheorien	72
aa) Herrschaft des Grundrechts mit Begrenzungsregelung	74
bb) Herrschaft des Grundrechts ohne Begrenzungsregelung	75
cc) Vermittelnde Lösungen	77
dd) Kritik der Schrankenübertragungsthese	78
4. Normkombinierende Lösungen – Grundrechtsverbund	82
a) Generelle Verbundlösung	82
b) Partielle Verbundlösungen	84
aa) Kombinationsgrundrechte	84
bb) Begrenzungskombination	86
cc) Schrankenverbund	88
c) Theorie der funktionellen Geltungseinheit	89
5. Gestufte Konkurrenzlösung unter Anwendung unterschiedlicher Modelle	91
D. Grundlagen der Konkurrenzdogmatik	93
I. Einleitung	93
II. Struktur der abwehrrechtsbegründenden Grundrechtsnorm	93
1. Tatbestand	94
a) Tatbestand in sachlicher Hinsicht	94
aa) Grundrechtsbegrenzungen als Tatbestandsmerkmale?	96
(1) Inkorporation von Grundrechtsbegrenzungen	96
(2) Kritik der Begrenzungsinkorporation	98
bb) Grundrechtsbeeinträchtigung als Tatbestandsmerkmal?	100
b) Tatbestand in personeller Hinsicht – Exkurs zur Konkurrenz von Deutschen- und Jedermanngrundrechten	106
2. Grundrechtsbegrenzungen	111
3. Sonstige Begrenzungsregelungen – „Schrankenschranken“	114
a) Formelle Anforderungen	114

b)	Materielle Anforderungen	115
c)	Verfassungsmäßigkeit im übrigen	117
4.	Zusammenfassung	119
III.	Der abwehrrechtliche Schutzgegenstand	119
1.	Systematik der Schutzgegenstände	120
a)	Erscheinungsformen	120
b)	Bestimmung des Schutzgegenstandes	121
c)	Schutzgegenstandsmehrheiten	123
aa)	Unechte Schutzgegenstandsmehrheiten	123
bb)	Echte Schutzgegenstandsmehrheit	124
d)	Verhältnis der Schutzgegenstände zueinander	125
2.	Konzentration der Gewährleistungsgehalte mehrerer Grundrechte zu einem Schutzgegenstand?	128
a)	Allgemeines Persönlichkeitsrecht	128
b)	Sonstige Synthesegrundrechte	130
aa)	Grundrecht auf Mobilität	130
bb)	Zeitungspersönlichkeitsrecht	131
E.	Allgemeine Konkurrenzdogmatik der Grundrechtsnormen	133
I.	Der Satz von der Widerspruchslosigkeit der Rechtsordnung als Grund für die Auflösung von Konkurrenzlagen	133
1.	Widerspruchsfähigkeit von Grundrechtsnormen	133
2.	Gegenstand der Konkurrenz	134
3.	Sonstige Auflösungsgründe?	135
II.	Verfahren der Konkurrenzauflösung	136
1.	Konkurrenzlösende Verfassungsnormen und -aussagen?	136
a)	Grundrechtsbezogene Regelungen	136
b)	Bindungsklausel, Art. 1 Abs. 3 GG	137
c)	Wesensgehaltsgarantie, Art. 19 Abs. 2 GG	138
aa)	Sicherungswirkung	138
bb)	Sperrwirkung bei Eingriff in den Wesensgehalt	138
d)	Art. 142 GG	139
2.	Konkurrenzauflösung nach allgemeinen Regeln	144
a)	Normlogische Spezialität	144
aa)	Eingliedrige Schutzgegenstände	144
bb)	Mehrgliedrige Schutzgegenstände	145
cc)	Eigentumsschutz durch normlogisch spezielle Grundrechts- normen	147
b)	Normative Spezialität	149
aa)	Konkurrenz unterschiedlicher Schutzgegenstandstypen	149
bb)	Inhalts- und Ausübungsrechte	152
cc)	Haupt- und Hilfsschutzgegenstände	157
dd)	Reichweite der Verdrängung	160
(1)	Problematik	160
(2)	Restwirkung der verdrängten Norm	161

c)	Tatbestandliche Idealkonkurrenz – Dominanz der stärksten Entscheidungsnorm.....	163
d)	Logischer Vorrang der Verdrängung kraft Spezialität	164
III.	Schutzzweck der Grundrechtsnorm.....	165
F.	Die Konkurrenzverhältnisse im einzelnen.....	167
I.	Einleitung	167
II.	Die Garantie der Menschenwürde – Art. 1 Abs. 1 GG.....	167
1.	Einleitung	167
2.	Schutzgegenstandsbestimmung	169
3.	Annex – Notwendigkeit einer Begriffsbestimmung	171
III.	Meinungs- und Mediengrundrechte – die internen Konkurrenzverhältnisse des Art. 5 Abs. 1 GG	172
1.	Einleitung	172
2.	Verhältnis der Meinungsäußerungsfreiheit zu den Mediengrundrechten am Beispiel der Pressefreiheit	173
a)	Einleitung.....	173
b)	Schutzgegenstandsbestimmung.....	174
c)	Tatbestandsabgrenzung	178
d)	Schutzzweck	180
e)	Fallbeispiele.....	180
3.	Verhältnis der Informationsfreiheit zu den Mediengrundrechten am Beispiel der Pressefreiheit	181
4.	Verhältnis der Mediengrundrechte zueinander	182
IV.	Kunsthfreiheit – Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG.....	184
1.	Verhältnis zur Meinungsäußerungsfreiheit	184
a)	Einleitung.....	184
b)	Schutzgegenstandsbestimmung.....	188
aa)	Keine normlogische Spezialität der Kunstfreiheit	188
bb)	Fälle normativer Spezialität der Kunstfreiheit	189
cc)	Tatbestandsabgrenzung – Exkurs zum Kunstbegriff	190
dd)	Fälle normativer Spezialität der Meinungsäußerungsfreiheit	192
2.	Verhältnis zu den Mediengrundrechten am Beispiel der Filmfreiheit	195
V.	Wissenschaftsfreiheit – Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG	196
1.	Verhältnis zur Meinungsfreiheit	196
2.	Verhältnis zu den Mediengrundrechten	196
3.	Verhältnis zur Informationsfreiheit.....	197
VI.	Glaubens- und Gewissensfreiheit, Kriegsdienstverweigerung – Art. 4 GG	198
1.	Verhältnis zur Meinungsäußerungsfreiheit	198
a)	Einleitung.....	198
b)	Schutzgegenstandsbestimmung.....	199
c)	Normative Spezialität der Glaubens- und der Gewissensfreiheit	202
d)	Tatbestandsabgrenzung zwischen Gewissens- und Meinungsfreiheit.....	203

2.	Interne Konkurrenzverhältnisse.....	203
3.	Verhältnis zu den Mediengrundrechten.....	204
4.	Verhältnis zur Wissenschafts- und Kunstfreiheit.....	205
5.	Verhältnis zum Elternrecht – Art. 6 Abs. 2 GG.....	206
6.	Verhältnis zu Art. 7 Abs. 2 GG, Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG und Art. 7 Abs. 3 S. 3 GG.....	208
7.	Verhältnis zu Art. 140 GG i.V.m. den Regelungen der WRV.....	209
	a) Einleitung.....	209
	b) Verhältnis zu Art. 136 Abs. 1 WRV.....	210
	c) Verhältnis zu Art. 136 Abs. 3 u. 4 WRV.....	212
	d) Verhältnis zu Art. 137 Abs. 2 WRV.....	212
	e) Verhältnis zu Art. 137 Abs. 3 WRV.....	213
	f) Verhältnis zu Art. 138 Abs. 2 WRV.....	215
VII.	Allgemeine Handlungsfreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht – Art. 2 Abs. 1 GG; Freiheit der Person – Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG.....	216
	1. Allgemeine Handlungsfreiheit.....	216
	2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht.....	219
	3. Freiheit der Person – Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG.....	221
	a) Verhältnis zu Art. 104 GG.....	221
	b) Verhältnis zu Art. 11 GG.....	223
VIII.	Versammlungsfreiheit – Art. 8 GG.....	226
	1. Verhältnis zur Meinungsäußerungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG ..	226
	a) Einleitung.....	226
	b) Tatbestandsabgrenzung.....	227
	c) Schutzzweck.....	228
	d) Fälle normlogischer Spezialität.....	229
	2. Verhältnis zur Kunstfreiheit, Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG.....	231
	3. Verhältnis zu Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG sowie Art. 4 Abs. 1, 2 GG....	231
IX.	Vereinigungsfreiheit – Art. 9 Abs. 1 GG.....	233
X.	Berufsfreiheit – Art. 12 GG.....	235
	1. Verhältnis zu Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG.....	235
	a) Einleitung.....	235
	b) Schutzgegenstandsbestimmung.....	235
	2. Verhältnis zu Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG; Art. 4 Abs. 1, 2 GG; Art. 33 GG.....	238
XI.	Eigentumsfreiheit – Art. 14 GG.....	240
	1. Tatbestandsabgrenzung.....	240
	2. Allgemeine Schlußfolgerungen für das Verhältnis zu den Freiheits- rechten.....	243
	3. Verhältnis zu Art. 2 Abs. 1 GG; Art. 12 GG; Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 2 WRV.....	244
	4. Verhältnis zu Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG.....	245
XII.	Anmerkungen zum allgemeinen Gleichheitssatz – Art. 3 Abs. 1 GG ...	247
	Literaturverzeichnis.....	249
	Sachwortverzeichnis.....	260

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
Abs.	Absatz, Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AfP	Archiv für Presserecht
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
allg.	allgemein(e)
Anm.	Anmerkung(en)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AtG	Atomgesetz
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Bad.-Württ.	Baden-Württemberg
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BGH in Strafsachen
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BVerfG
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BVerwG
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die öffentliche Verwaltung

DrS	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EinigungsV	Einigungsvertrag
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
f., ff.	folgende(r) Seite(n)/Paragraph(en)
Fn.	Fußnote
Frhr.	Freiherr
GA	Golddammers Archiv für Strafrecht
Gesamthrg.	Gesamtherausgeber
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grdl.	grundlegend
HA	Hauptausschuß
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HaustürWG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften
HbdStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts
HbdStR	Handbuch des Staatsrechts
HbdVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
i. E.	im Ergebnis
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LdR	Ergänzbare Lexikon des Rechts
m. w. Nw.	mit weiteren Nachweisen
MedR	Medizinrecht
MontanMitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer(n)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw.	Nachweis(e)

o.ä.	oder ähnliches
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
parl.	parlamentarischer
Rdnr.	Randnummer(n)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite; Satz
Schriftltg.	Schriftleitung
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannte(r)
SprengG	Sprengstoffgesetz
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
StVG	Straßenverkehrsgesetz
u. a.	unter anderem; und andere
u. U.	unter Umständen
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
usw.	und so weiter
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
Var.	Variante
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen
VersammlG	Versammlungsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Investitionsrecht
Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WaffG	Waffengesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

A. Einführung

Im Jahr 1998 entschied das Bundesverfassungsgericht in Abkehr von seiner bisherigen Rechtsprechung, daß die Verletzung der Allgemeinheit und Gleichheit der Wahl zu Volksvertretungen der Länder nicht mit der Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht gerügt werden kann¹. Kernpunkt dieser Entscheidung war die Frage, ob im Anwendungsbereich der Wahlrechtsgrundsätze aus Art. 28 Abs. 1 S. 2, 38 Abs. 1 S. 1 GG ein Rückgriff auf den mit der Verfassungsbeschwerde rügefähigen allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG zulässig ist. Das Gericht hat diese Frage verneint. Aus konkurrenzdogmatischer Sicht ist allerdings weniger das Ergebnis, vielmehr die Begründung von Interesse. Erstmals hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur lediglich das Vorliegen eines Spezialitätsverhältnisses zwischen Verfassungsnormen festgestellt, sondern darüber hinaus auch die dogmatischen Folgen dieser Konkurrenz umfassend untersucht. Das Gericht geht davon aus, daß immer dann, wenn sich eine Rechtsnorm gegenüber einer anderen wie *lex specialis* zu *lex generalis* verhalte, noch keine Entscheidung über die Unanwendbarkeit der allgemeinen Norm getroffen sei. Vielmehr müsse die Frage der Zulässigkeit des Rückgriffs auf die allgemeine Norm durch umfassende Auslegung der beteiligten Rechtssätze geklärt werden.

Ob das Gericht mit dieser Entscheidung eine Kurskorrektur hin zu größerer konkurrenzdogmatischer Sorgfalt unternommen hat, bleibt abzuwarten. Eines zeigt der Beschluß vom 16.07.1998 jedoch gewiß: Die Lehre von den Konkurrenzen der Rechtsnormen spielt auch im Verfassungsprozeßrecht eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wenn wie hier die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht von einer konkurrenzdogmatischen Vorrangentscheidung abhängt, wird die Konkurrenzfrage zum prozessualen Schlüssel für die Erlangung bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes.

Aber auch materiell-rechtlich ist die Lösung von Konkurrenzfragen im Grundrechtsbereich kein zu vernachlässigendes Problem. Häufig sind für ein und dasselbe menschliche Verhalten mehrere Grundrechte einschlägig. Teilweise sind diese Grundrechte parallel anwendbar, teilweise schließen sie sich gegenseitig in ihrer Anwendbarkeit aus. Deshalb steht erst, wenn die grundrechtliche Konkurrenzrelation geklärt ist, fest, an welcher Grund-

¹ BVerfG NJW 1999, 43.

rechtsnorm eine beeinträchtigende staatliche Maßnahme zu messen ist. Die Konkurrenzfrage wird damit zur entscheidenden Weichenstellung für den Umfang des Grundrechtsschutzes.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind die Konkurrenzverhältnisse der abwehrrechtsbegründenden Grundrechtsnormen des Grundgesetzes. Konkurrenzen anderer Grundrechtsarten oder Konkurrenzen der einzelnen Grundrechtsarten untereinander werden nicht berücksichtigt².

Die Untersuchung beginnt mit einer methodischen Analyse der Konkurrenz zwischen Rechtsnormen. Neben der systematischen Einordnung der Normkonkurrenz werden hier Fragen der Entstehung von Konkurrenzlagen sowie ihrer methodischen Behandlung erörtert. Anschließend wird der Diskussionsstand in Literatur und Rechtsprechung nachgezeichnet und kritisch gewürdigt. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Systematisierung der bisher entwickelten Lösungsvorschläge. Der letzte vorbereitende Hauptteil schließlich beschäftigt sich mit der Struktur der abwehrrechtsbegründenden Grundrechtsnorm. In der Literatur ist nach wie vor umstritten, aus welchen Bestandteilen sich eine Grundrechtsnorm zusammensetzt. Diese Unklarheiten müssen ausgeräumt werden, bevor an die Konkurrenzverhältnisse dieser Normen überhaupt gedacht werden kann.

Den Hauptteil der vorliegenden Arbeit bildet die Entwicklung allgemeiner konkurrenzdogmatischer Grundsätze für den Grundrechtsbereich. Basierend auf den Ergebnissen der vorangestellten Untersuchungen werden allgemeingültige Aussagen über die Auflösungsbedürftigkeit und das Auflösungsverfahren von Grundrechtskonkurrenzen erarbeitet. Hauptanknüpfungspunkt ist dabei die ebenfalls zuvor entwickelte Schutzgegenstandssystematik der Abwehrrechte.

In einem letzten Teil werden schließlich die gewonnenen Erkenntnisse zur Lösung ausgewählter Konkurrenzprobleme herangezogen und für den Einzelfall konkretisiert.

² Dieser Bereich ist weitgehend eine terra incognita; vgl. Jarass, AöR 120 (1995), 345 (360); Siekmann/Duttge, Staatsrecht I, Rdnr. 1057.

B. Die Konkurrenz von Rechtsnormen aus methodischer Sicht

I. Einleitung

Die Situation der parallelen Anwendbarkeit von Normen ist bekanntermaßen kein speziell verfassungsrechtliches oder grundrechtliches Problem. Vielmehr tritt dieses Phänomen in jedem durch gesetzliche Vorschriften geregelten Rechtsgebiet auf. Besonders im Strafrecht sind die Konkurrenzverhältnisse der Straftatbestände nach wie vor ein beliebtes Arbeitsgebiet für Rechtsdogmatiker¹. Das anhaltende Interesse an der Thematik ist offenbar dadurch begründet, daß hier nicht nur speziell strafrechtstypische Fragen beantwortet werden müssen, sondern auch grundlegende dogmatische Problemstellungen zu lösen sind.

In allen Rechtsgebieten geht es bei der Lösung von Konkurrenzsituationen um Rechtsgewinnung und damit um die zentrale Aufgabe der Rechtsdogmatik. Das Verfahren der Rechtsgewinnung führt aber nur dann zu akzeptablen Ergebnissen, wenn die einzelnen Verfahrensschritte den Regeln der Logik nicht widersprechen. Daher muß die zur Lösung eines rechtsdogmatischen Problems angewandte Methode nachprüfbar, berechenbar und verläßlich sein². Die Methodenklarheit ist unabdingbare Voraussetzung für jedwede rechtswissenschaftliche Untersuchung. Deshalb soll zunächst versucht werden, das Verfahren zur Behandlung von Normkonkurrenzen näher zu analysieren. Erst wenn auf diese Weise ein gesichertes Fundament geschaffen wurde, macht es Sinn, die Konkurrenzproblematik im Grundrechtsbereich detailliert zu untersuchen.

Im folgenden wird zunächst die Entstehung von Normkonkurrenzen im Mittelpunkt der Ausführungen stehen. Dabei soll, ausgehend von einigen Überlegungen zum Begriff und zur Anwendbarkeit von Rechtsnormen, der Versuch unternommen werden, die Normkonkurrenz als einen von mehreren Normkonflikten systematisch einzuordnen.

¹ Aus jüngerer Zeit vor allem Abels, Die „Klarstellungsfunktion“ der Idealkonkurrenz, 1991; Fuchs, Gesetzeskonkurrenz und mitbestrafte Vortaten, Diss. Berlin, 1989; Mitsch, JuS 1993, 385 ff.; Fahl, JA 1995, 654 ff.

² Bydliński, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff, S. 9; Kerschner, Wissenschaftliche Arbeitstechnik und -methodik für Juristen, S. 20; Schwacke, Juristische Methodik, S. 2.